



Martin Gross

GROSSE KOALITION, GROSSE FOLGEN?

Die Auswirkungen schwarz-roter Regierungsbündnisse
auf die Parteiensysteme in Bund und Ländern
1946 bis 2009

Martin Gross

Große Koalition, große Folgen?

Die Auswirkungen schwarz-roter Regierungsbündnisse auf
die Parteiensysteme in Bund und Ländern 1946 bis 2009

Umschlagabbildung: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus in Berlin,
Fotografie des Autors

© Tectum Verlag Marburg, 2011

ISBN 978-3-8288-5379-9

(Dieser Titel ist als gedrucktes Buch unter der
ISBN 978-3-8288-2698-4 im Tectum Verlag erschienen.)

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

VORWORT

Die vorliegende Studie wurde im August 2010 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Abschlussarbeit des Masterstudiengangs „Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts“ eingereicht. Für die Veröffentlichung wurde die Studie an wenigen Stellen sprachlich leicht überarbeitet. Ohne die Hilfe einiger Personen wäre sie niemals in dieser Qualität zustande gekommen. Mein Dank gilt zunächst meinem Erstgutachter Prof. Dr. Torsten Oppelland und meinem Zweitgutachter Dr. Sven Leunig, die beide das Thema der Arbeit freudig aufnahmen und stets interessiert begleiteten. Ihre kritischen Anmerkungen während des Forschungsverlaufs waren mir eine große Hilfe. Darüber hinaus bin ich Dr. Tim Spier für die kollegiale Bereitstellung seines Datensatzes über die Koalitionsbildungen in den deutschen Bundesländern, der mir Informationsquelle und Vorbild zugleich war, zu Dank verpflichtet. Ein großer Dank geht an Julia Proske, die mich unermüdlich dazu antrieb, diese Arbeit fertig zu stellen. Ich kann ihr für ihren Einsatz beim Korrekturlesen des Manuskripts, für ihre berechnete und schonungslose Kritik an Teilen der Arbeit und für ihre Aufmunterungen in Zeiten, in denen das Forschungsvorhaben nicht wie geplant voranging, gar nicht genug danken. Besonders möchte ich mich bei meinen Eltern Roswitha und Werner Gross bedanken, die mich in vielerlei Hinsicht in meinen Vorhaben unterstützt haben. Unzählige Seminararbeiten mussten sie im Laufe der Jahre Korrektur lesen und taten dies mit kaum zu überbietendem Einsatz. Nicht zuletzt wäre ohne ihre großzügige finanzielle Unterstützung ein sorgenfreies Studium kaum möglich gewesen. Als Dank für ihre Unterstützung und Liebe ist ihnen dieses Buch gewidmet.

Jena, im April 2011

Martin Gross

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT.....	5
INHALTSVERZEICHNIS.....	7
TABELLENVERZEICHNIS	9
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	10
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	11
1. Einleitung.....	15
2. Eine Definition des Begriffs „Große Koalition“	23
3. Methodisches Vorgehen und Hypothesenbildung	27
3.1 Die Anzahl der Großen Koalitionen in Bund und Ländern	29
3.2 Operationalisierung der Parteiensystemeigenschaften und weiterer Indikatoren.....	31
3.2.1 Format	31
3.2.2 Fragmentierung.....	33
3.2.3 Asymmetrie	34
3.2.4 Volatilität	35
3.2.5 Stärkung der politischen Ränder (Polarisierung).....	36
3.2.6 Segmentierung	38
3.2.7 Wahlbeteiligung.....	42
3.2.8 Gewinne/Verluste der Regierungsparteien.....	42
3.2.9 Gewinne/Verluste der weiteren Parteien.....	43
3.3 Hypothesen	45
4. Große Koalitionen in der öffentlichen Diskussion	49

4.1	Argumente für die Bildung Großer Koalitionen.....	50
4.2	Bedenken gegen die Bildung Großer Koalitionen	54
5.	Große Koalitionen auf Bundesebene	57
5.1	Bildung und Auflösung der ersten Großen Koalition (1966–1969)	58
5.2	Bildung und Auflösung der zweiten Großen Koalition (2005–2009).....	68
6.	Große Koalitionen auf Landesebene	76
7.	Auswirkungen Großer Koalitionen auf die Parteiensysteme in Bund und Ländern	83
7.1	Format.....	84
7.2	Fragmentierung	89
7.3	Asymmetrie.....	92
7.4	Volatilität.....	94
7.5	Stärkung der politischen Ränder (Polarisierung)	96
7.6	Segmentierung	100
7.7	Wahlbeteiligung.....	103
7.8	Gewinne/Verluste der Regierungsparteien	105
7.9	Gewinne/Verluste der weiteren Parteien	109
8.	Diskussion der Ergebnisse.....	115
	ANHANG	125
	LITERATURVERZEICHNIS	129
	DATENQUELLEN	147

TABELLENVERZEICHNIS

<i>Tabelle 1:</i>	Hypothesen zu den Auswirkungen Großer Koalitionen auf die jeweiligen Parteiensysteme in Bund und Ländern zwischen 1946 und 2009.....	47
<i>Tabelle 2:</i>	Wahlergebnisse der vier größten Parteien bei der Bundestagswahl 1965	58
<i>Tabelle 3:</i>	Wahlergebnisse der vier größten Parteien bei der Bundestagswahl 1969	66
<i>Tabelle 4:</i>	Wahlergebnisse der fünf größten Parteien bei der Bundestagswahl 2005	70
<i>Tabelle 5:</i>	Wahlergebnisse der fünf größten Parteien bei der Bundestagswahl 2009	75
<i>Tabelle 6:</i>	Ergebnisse des Hypothesentests über die Auswirkungen von Großen Koalitionen auf die jeweiligen Parteiensysteme in Bund und Ländern zwischen 1946 und 2009	116
<i>Tabelle 7:</i>	Große Koalitionen auf Bundes- und Landesebene (1946–2009)	125
<i>Tabelle 8:</i>	Ausgewählte Produktmomentkorrelationen zwischen den Veränderungen einzelner Indikatoren nach Großen Koalitionen auf Landesebene	127
<i>Tabelle 9:</i>	Durchschnittliche Veränderungen der einzelnen Indikatoren nach Großen Koalitionen auf Landesebene (22 Fälle).....	128

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<i>Abbildung 1:</i>	Veränderungen des Formats nach Großen Koalitionen.....	85
<i>Abbildung 2:</i>	Veränderungen des parlamentarischen Formats nach Großen Koalitionen	87
<i>Abbildung 3:</i>	Veränderungen der Fragmentierung nach Großen Koalitionen.....	90
<i>Abbildung 4:</i>	Veränderungen der Asymmetrie zwischen den beiden Regierungsparteien nach Großen Koalitionen.....	92
<i>Abbildung 5:</i>	Veränderungen der Volatilität nach Großen Koalitionen.....	94
<i>Abbildung 6:</i>	Veränderungen der Polarisierung (POL 1) nach Großen Koalitionen	97
<i>Abbildung 7:</i>	Veränderungen der Polarisierung (POL 2) nach Großen Koalitionen	98
<i>Abbildung 8:</i>	Veränderungen der Segmentierung nach Großen Koalitionen	101
<i>Abbildung 9:</i>	Veränderungen der Wahlbeteiligung nach Großen Koalitionen.....	103
<i>Abbildung 10:</i>	Gewinne/Verluste der Regierungsparteien nach Großen Koalitionen	106
<i>Abbildung 11:</i>	Gewinne/Verluste der Oppositionsparteien nach Großen Koalitionen	109
<i>Abbildung 12:</i>	Gewinne/Verluste der außerparlamentarischen Parteien nach Großen Koalitionen	111

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Verwendete Bundesländerkürzel

BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
BE	Berlin
BB	Brandenburg
HB	Bremen
HE	Hessen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
RP	Rheinland-Pfalz
SN	Sachsen
SH	Schleswig-Holstein
TH	Thüringen

Sonstige Abkürzungen

50Plus	50Plus Das Generationen-Bündnis
AL	Alternative Liste
APÖ	Außerparlamentarische Opposition
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BIW	Bürger in Wut
BP	Bayernpartei
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands

CSU	Christlich-Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFU	Deutsche Friedensunion
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DVU	Deutsche Volksunion
EPZ	Effektive Parteienzahl
FAMILIE	Die Familien-Partei Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FN	Fußnote
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FS	Freie Sachsen
FW	Freie Wähler
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PartG	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PIRATEN	Piratenpartei Deutschland
ProDM	Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark
REP	Die Republikaner
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei)

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SRP	Sozialistische Reichspartei
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
Tierschutz	Mensch Umwelt Tierschutz
WASG	Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei

1. Einleitung

Im Anschluss an die Bundestagswahl 2009 bildeten die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Christlich-Soziale Union (CSU) und die Freie Demokratische Partei (FDP) nach elf Jahren wieder eine schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene. Damit endete die zweite Große Koalition¹ seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete in ihrer Regierungserklärung 2005 das Bündnis aus CDU/CSU² und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) als eine „Koalition der Möglichkeiten“ und viele Beobachter vertraten die Ansicht, dass nur dieses schwarz-rote Regierungsbündnis³ in der Lage sei, notwendige strukturelle Reformen in vielen Politikbereichen anzuschieben (Ulrich/Hildebrandt 2005; Zohlnhöfer 2009: 9). Dennoch gab es auch Stimmen, die die deutlich eingeschränkten Rechte der Opposition thematisierten. Diese besaß weder die Möglichkeit, einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, noch konnte sie eine Bundestagssondersitzung einberufen, da sie über weniger als ein Drittel der erforderlichen Parlamentsmandate verfügte (Hildebrandt 2005).

Die Kritik fiel jedoch deutlich gemäßigter aus als im Vorfeld der ersten Großen Koalition auf Bundesebene (1966–1969). In den 1960er Jahren wurden vor allem Bedenken aus demokratietheoretischer Sicht vorgetragen, die allesamt auf der Vorstellung fußten, dass sich in einer parlamentarischen Demokratie zwei große politische Parteien bzw. Lager als Regierung und Opposition gegenüberstehen müssten. Während 2005 neben den Regierungsparteien noch drei weitere Parteien – Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE⁴ – im Bundestag vertreten waren, stell-

¹ In der Literatur gibt es verschiedene Schreibweisen für den Terminus „Große Koalition“. In dieser Arbeit wird er als feststehender Begriff für die schwarz-roten Regierungsbündnisse sowohl im Bund als auch in den Bundesländern angesehen und großgeschrieben.

² CDU und CSU werden in der Parteienforschung üblicherweise als eine Partei betrachtet, da sie weder bei Wahlen gegeneinander antreten noch in den Parlamenten miteinander konkurrieren (Niedermayer 2008a: 9, FN 1).

³ In dieser Studie werden die Begriffe „schwarz-rote Koalition“, „schwarz-rotes Regierungsbündnis“, „schwarz-rote Regierung“, „CDU/CSU-SPD-Regierung“ und „CDU-SPD-Regierung“ als Synonym für den Terminus „Große Koalition“ verwendet, unabhängig davon, welche der beiden Parteien den Regierungschef stellt.

⁴ Die heutige Partei DIE LINKE entstand aus einem Zusammenschluss zwischen der „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG) und der Partei des Demokratischen

ten 1966 die Liberalen die einzige parlamentarische Oppositionspartei. Vor der Bildung einer Großen Koalition wurde insbesondere deshalb gewarnt, da befürchtet wurde, dass dadurch links- und rechtsextremistische Parteien, vor allem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), an Zustimmung gewinnen könnten. Wegen des „Machtkartells“ der beiden großen Parteien würden die Wähler an die politischen Ränder abwandern oder der Wahlurne fernbleiben. Dies werde unweigerlich zu einer Destabilisierung des Parteiensystems führen und in letzter Konsequenz die gesamte parlamentarische Demokratie schwer beschädigen.

Allerdings wurden solche grundlegenden Bedenken erst geäußert, als sich auf Bundesebene die Möglichkeit einer schwarz-roten Koalition abzeichnete bzw. seit Anfang der 1960er Jahre unter den Parlamentariern immer konkreter diskutiert wurde. Dabei waren Große Koalitionen auf Länderebene in der Anfangsphase der Bundesrepublik keine Seltenheit. Diese Regierungsbündnisse erregten jedoch kaum öffentliches Aufsehen, ebenso wenig wie die schwarz-roten Koalitionen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung. Dennoch betonte Zohlnhöfer (2009: 9) noch im Jahr 2009, dass viele politische Beobachter generell eine Große Koalition als „Gefahr für die Demokratie“ ansähen und für einen „demokratische[n] Sonderfall“ hielten.

Die erste schwarz-rote Koalition auf Bundesebene erregte zwar die Gemüter der Zeitgenossen, geriet jedoch ab Mitte der 1970er Jahre weitestgehend in Vergessenheit (Schmoeckel/Kaiser 1991). Erst mit der Bildung der zweiten Großen Koalition 2005 befassten sich wieder mehrere Autoren mit dem ersten schwarz-roten Regierungsbündnis und stellten Vergleiche zwischen dem Kabinett von Kurt Georg Kiesinger (CDU) und der Regierung Merkel an, wobei sie beispielsweise die jeweiligen Regierungsbildungsprozesse betrachteten (Dittberner 2007; Niclaß 2008; Pott 2008).

Die 2005 erneut geäußerten Befürchtungen gegenüber schwarz-roten Koalitionen hatten ihren Ursprung in den hitzigen Auseinandersetzungen über die erste Große Koalition im Bund. Die heftige Kritik an schwarz-roten Regierungsbündnissen auf Bundesebene kam zwar erst Mitte der 1960er Jahre auf; eine gemeinsame

Sozialismus (PDS) im Sommer 2007. Zur Bundestagswahl 2005 einigten sich beide Parteien darauf, dass sie erstens nicht gegeneinander antreten würden, zweitens die PDS bundesweit kandidieren solle und drittens WASG-Mitglieder die Möglichkeit haben sollten, auf den offenen Listen der PDS zu kandidieren. Die PDS benannte sich daraufhin in „Die Linkspartei“ um und trat in einigen Bundesländern unter dem Namen „Die Linkspartei.PDS“ an.